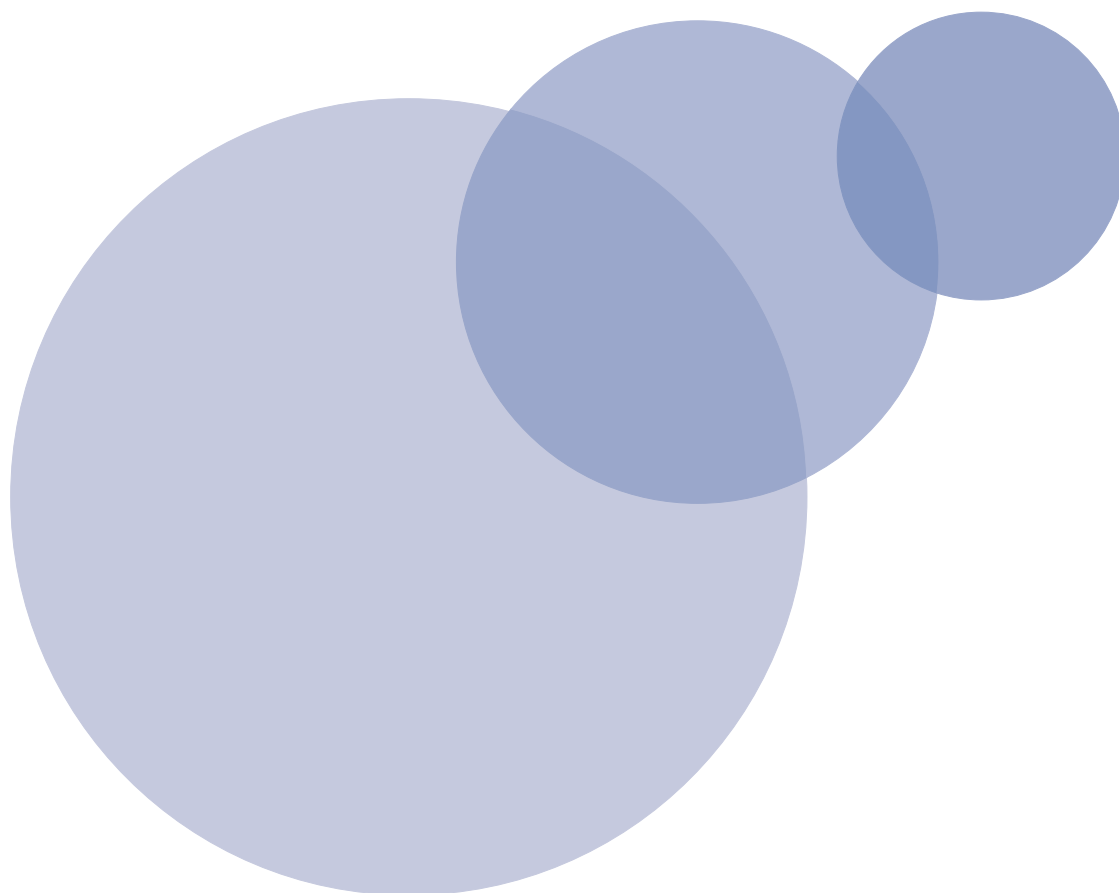


Bürokratieabbau

Best-Practice-Beispiele aus der IHK-Organisation

Februar 2008

Standortpolitik



Netzwerk
Mittelstand

Herausgeber
und Copyright

© Deutscher Industrie- und Handelskammertag
DIHK Berlin:
Postanschrift: 11052 Berlin | Hausanschrift: Breite Straße 29 | Berlin-Mitte
Telefon (030) 20 308-0 | Telefax (030) 20 308 1000

Internet: www.ihk.de

Redaktion

DIHK – Bereich Wirtschaftspolitik, Mittelstand, Innovation
Dr. Hubertus Hille

Stand

Februar 2008

Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.

Vorwort

Das Thema Bürokratieabbau hat in den vergangenen Jahren deutlich an Beachtung und an Schwung gewonnen. Dies liegt zum einen daran, dass im Ausland neue Methodiken und Systematisierungen von Entbürokratisierungsprozessen entwickelt wurden, die auch in Deutschland und mittlerweile in der EU rege Nachahmung finden. Die Politik forciert derzeit das Thema Bürokratieabbau – das Zeitfenster ist günstig, Bürokratie zum Wohle der Wirtschaft jetzt abbauen zu können. Die IHK-Organisation spielt im Prozess der Entbürokratisierung eine wichtige Rolle: Sie kennt die Belange ihrer Mitgliedsunternehmen. Aufgrund ihrer Präsenz auf Bundes-, Landes- und regionaler Ebene ist sie zudem wichtiger Ansprechpartner für alle Verwaltungsebenen und kann Politikänderungen im Sinne der Wirtschaft erwirken. Mit der vorliegenden Veröffentlichung möchte der DIHK die positiven Beispiele beim Bürokratieabbau in der IHK-Organisation transparent machen und zur Nachahmung empfehlen.

Das Programm der Bundesregierung zum „Bürokratieabbau und zur bessere Rechtsetzung“ lehnt sich an das niederländische Vorbild an. Es besteht aus einem Abbauziel, aus dem neu eingerichteten Nationalen Normenkontrollrat und aus Mittelstands-Entlastungs-Gesetzen. Auch die Mehrzahl der Bundesländer widmet sich diesem Thema – so wird mit dem sog. Standardkosten-Modell, z. B. in Brandenburg, gearbeitet, und es wurden Normenprüfstellen, z. B. im Saarland, eingerichtet. Eine zunehmende Zahl von Kommunen in Deutschland entdeckt mittlerweile in schlanken Verwaltungsverfahren eine Möglichkeit, Unternehmen zur Ansiedlung zu gewinnen. So wurden mittlerweile zwei Gütesiegel für kommunale Verwaltungen in Deutschland entwickelt, um die Anreize der Kommunen für eine kundenorientierte Verwaltung zu erhöhen.

Bürokratie ist ein Standortfaktor: Unternehmen fällen ihre Investitionsentscheidungen auch im Hinblick auf die Bürokratielasten, die ihnen durch die öffentliche Hand entstehen. Dabei haben Unternehmen sowohl den Aufwand von Verwaltungsprozessen der Kommunen im Blick als auch die bürokratischen Belastungen, die das Landes-, Bundes- und Europarecht verursachen. Die IHK-Organisation hat jetzt die Möglichkeit, diesen Standortfaktor durch das Einbringen ihrer Konzepte zu verbessern.

Abkürzungsverzeichnis

AG	Arbeitsgemeinschaft
AK	Arbeitskreis
AWV	Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftliche Verwaltung
BBiG	Berufsbildungsgesetz
BDI	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V.
BE-KMU	Bürokratieentlastung für KMU
BIS	Business Immigration Service
BMWi	Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie
DIHK	Deutscher Industrie- und Handelskammertag
EMAS	Eco-Management and Audit Scheme (Öko-Audit)
HK	Handelskammer
HWK	Handwerkskammer
IHK	Industrie- und Handelskammer
IMAG	Innerministerielle Arbeitsgruppe „Bürokratieabbau und Deregulierung“
IW	Institut der deutschen Wirtschaft Köln
Kfz	Kraftfahrzeug
KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
LAG	Landesarbeitsgemeinschaft
MdB	Mitglied des Deutschen Bundestages
MdEP	Mitglied des Europaparlaments
MdL	Mitglied des Landtages
NKR	Nationaler Normenkontrollrat
NRW	Nordrhein-Westfalen
OB	Oberbürgermeister
OWL	Ostwestfalen Lippe
REACH	Registration, Evaluation and Authorisation of Chemicals
SKM	Standardkosten-Modell
StVO	Straßenverkehrsordnung

I	INITIATIVEN DER INDUSTRIE- UND HANDESLKAMMERN	1
	IHK Schwaben (Augsburg)	1
	IHK für Oberfranken Bayreuth	1
	IHK zu Berlin	2
	IHK Ostwestfalen zu Bielefeld	3
	IHK Bonn / Rhein-Sieg	3
	HK Bremen	4
	IHK Südwestsachsen Chemnitz-Plauen-Zwickau	5
	IHK zu Coburg	5
	IHK Lippe zu Detmold	6
	IHK zu Dortmund	6
	IHK Erfurt	7
	IHK Frankfurt am Main	8
	IHK Ostbrandenburg (Frankfurt/Oder)	8
	IHK Halle-Dessau	9
	IHK Hanau-Gelnhausen-Schlüchtern	9
	IHK Ostwürttemberg (Heidenheim)	9
	IHK Heilbronn-Franken	10
	IHK Hochrhein-Bodensee	10
	IHK Kassel	11
	IHK zu Koblenz	11
	IHK zu Köln	11
	IHK Pfalz (Ludwigshafen)	12
	IHK Lüneburg-Wolfsburg	12
	IHK Magdeburg	12
	IHK für München und Oberbayern	13
	IHK Nord Westfalen (Münster)	13
	IHK Osnabrück-Emsland	14
	IHK Nordschwarzwald (Pforzheim)	15
	IHK Potsdam	15
	IHK Reutlingen	16
	IHK Rostock	16
	IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum	16
	IHK Trier	17
	IHK Ulm	17
	IHK Würzburg-Schweinfurt	18
II	INITIATIVEN DER LANDESARBEITSGEMEINSCHAFTEN	19
	Niedersächsischer Industrie- und Handelskammertag (NIHK)	19
	IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz	19
	Landesarbeitsgemeinschaft der Sächsischen IHKs	20
III	INITIATIVEN DES DIHK	21
	Bürokratieabbau auf EU-Ebene	21
	Bürokratieabbau auf nationaler Ebene	21

I INITIATIVEN DER INDUSTRIE- UND HANDESLKAMMERN

IHK Schwaben (Augsburg)

Die IHK hat ein gemeinsames Projekt mit der IHK Ulm gestartet, welches sich mit dem Bürokratieabbau in der grenzüberschreitenden Region Ulm / Neu-Ulm auseinandersetzt. Bestandteile des Projektes sind:

- Vergleiche in der Vorgehensweise der Verwaltungen der Regionen Ulm / Neu-Ulm (Bayern / Baden-Württemberg).
- Baurechtliche Genehmigungsverfahren: Abschluss einer Wertanalyse mit Vorschlägen für Verbesserungen in den Verfahrensabläufen und zur Änderung der Landesbauordnungen (Sept. 2007).
- Ab 2008 werden immissionsschutzrechtliche Verfahren untersucht.

Ansprechpartner:

Dr. Peter Lintner, Leiter des Geschäftsfeldes Standortpolitik

Tel.: 0821 / 3162-377, E-Mail: Peter.Lintner@schwaben.ihk.de

IHK für Oberfranken Bayreuth

Projekte / Initiativen auf EU-Ebene:

- Gespräche mit EU-Kommissar Günther Verheugen und einigen Europaabgeordneten zu den Themen EU-Bürokratie, REACH, Kennzeichnungspflicht.

Projekte / Initiativen auf Bundesebene:

- Im Jahr 2003 Bewerbung als Modellregion Bürokratieabbau im Rahmen der „1. Initiative Bürokratieabbau“ des BMWi gemeinsam mit der HWK Oberfranken und der IHK zu Coburg.
- Im Jahr 2003 Gespräche mit Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement zu den Möglichkeiten des Bürokratieabbaus auf Bundesebene.
- Teilnahme an der „2. Runde Bürokratieabbau“ als einzige Region in Bayern im Jahr 2005. Gemeinsam mit den oberfränkischen Wirtschaftskammern wurden zehn konkrete Vorschläge zur Entbürokratisierung auf Bundesebene eingereicht. Die Bewerbung wurde mit den maßgeblichen Akteuren der Region (Wirtschaftskammern, Regierung, Bezirk Oberfranken, Kommunen, Vertretern der Bundes- und Landespolitik sowie Staatskanzlei und Bayerischem Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie) abgestimmt. Die eingebrachten Vorschläge wurden zum Teil umgesetzt.
- Die Ausstellung der Region Ostwestfalen-Lippe „Von guten Beispielen lernen“ war in Bayreuth und Hof zu Gast.
- Es besteht regelmäßiger Kontakt zu oberfränkischen Bundestagsabgeordneten aller Fraktionen.

Projekte / Initiativen auf Landesebene:

Gemeinsam mit der HWK Oberfranken und der IHK zu Coburg wurden Gründeragenturen als Pilotprojekt der von der „Hentzler-Kommission“ vorgeschlagenen „One-Stop-Agencies für Unternehmensgründer“ eingerichtet. Ziel: Zentrale Anlaufstellen für Unternehmensgründer sollten geschaffen werden. Dazu wurden die Kammern mit den Kreisverwaltungsbehörden sowie den Rechtsanwalts-, Notar-, und Steuerberaterkammern vernetzt. Nach Abschluss der Pilotphase in Bayreuth wurden im Juni 2004 Gründeragenturen in Bamberg, Hof, Coburg, Kronach, Kulmbach, Forchheim, Wunsiedel und Lichtenfels eingerichtet.

Projekte / Initiativen auf regionaler Ebene:

Im Jahr 2006 wurde die Initiative „Oberfranken entfesseln! Schlanke Verwaltung in Oberfranken!“ gestartet. Ziel: Durch Best-Practice-Beispiele sollten Anreize für mehr Effizienz und eine unbürokratische Verwaltung gesetzt werden. Es erging ein Aufruf an Unternehmen und Verwaltungen, besonders positive Fälle der Zusammenarbeit von Wirtschaft und Verwaltungseinrichtungen zu benennen. Insgesamt gingen 23 Rückmeldungen ein. Der Schwerpunkt lag auf der Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren. Die Ergebnisse wurden im Juli 2007 bei einer Pressekonferenz der oberfränkischen Wirtschaftskammern mit dem Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Dr. Joachim Würmeling, präsentiert.

Ansprechpartner:

Wolfram Brehm, Bereichsleiter Standortpolitik

Tel.: 0921 / 886-150, E-Mail: brehm@bayreuth.ihk.de

IHK zu Berlin

- Ein „Business Immigration Service“ (BIS) wurde eingerichtet. Unternehmen werden in Visa-Angelegenheiten und bei der Erteilung von Aufenthaltstiteln vor Ort von der IHK in Kooperation mit der Ausländerbehörde beraten.
- Zahlreiche Abbauvorschläge mit bundesrechtlichem und landesrechtlichem Bezug wurden erarbeitet und den politischen Entscheidungsträgern präsentiert.
- Die IHK hat einen Sitz in der Normprüfungskommission des Landes Berlin.
- An den Bürokratiekostenmessungen nach dem Standardkosten-Modell (SKM) wurde mitgewirkt. Die IHK hat zahlreiche Unternehmen für die Messung benannt und in einem Arbeitskreis des DIHK mitgewirkt.
- An dem Projekt „Innovationsregionen“ der Bundesregierung hat sich die IHK beteiligt.
- Bei folgenden Arbeitskreisen / Projekten hat die IHK mit der Berliner Senatsverwaltung zusammen gearbeitet:
 - Arbeitskreis Vollzugskritik
 - Erarbeitung von Abbauvorschlägen für Mittelstandsentlastungsgesetze (mit der HWK)
 - Arbeitskreis „Wirtschaftsportal“
 - Arbeitskreis zur Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie (geplant)
- Die IHK hat ein Leitlinienkonzept zur Strukturreform der Berliner Verwaltung erarbeitet.

Ansprechpartner:

Daniel Fiebig, Branchenkoordinator Industrie, Wirtschaftspolitik

Tel.: 030 / 315 10 510, E-Mail: fie@berlin.ihk.de

IHK Ostwestfalen zu Bielefeld

- Die IHK beteiligt sich an dem Projekt Modellregion Ostwestfalen-Lippe (OWL) in Nordrhein-Westfalen (NRW), gemeinsam mit der „OWL-Marketing GmbH“. Dadurch besteht beim Bürokratieabbau enger Kontakt zur Landesregierung und zu den Behörden in OWL.
- Durch eine Umfrage bei rund 2000 Unternehmen wurden zahlreiche Abbauvorschläge erarbeitet.
- Die IHK hat gemeinsam mit der IHK Lippe Vorschläge für die Verwaltungsstrukturreform in NRW unterbreitet.
- Bei der Entwicklung des „RAL Gütezeichens“ – einem Gütesiegel für kommunale Verwaltungen – wurde mitgewirkt und für eine Beteiligung der Behörden geworben.
- Das Justizmodell in OWL hat die IHK durch Informationsveranstaltungen unterstützt.
- Zur Unterstützung der Bürokratiekostenmessungen des Statistischen Bundesamtes hat die IHK zahlreiche Unternehmen benannt.
- Die IHK ist dem Bündnis für Wirtschaftsnaher Verwaltung mit 138 Partnern aus Wirtschaft, Verwaltung, Politik und Justiz beigetreten.
- In den Räumen der IHK wurde der Bürokratieabbau durch eine Ausstellung thematisiert (Bürokratieabbau-säule).
- Die IHK kooperiert mit dem Nationalen Normenkontrollrat (NKR) bei einem Projekt, bei dem die Bürokratiekosten auf Unternehmensebene qualifiziert und dargestellt werden sollen. Ziel ist es, die unternehmerische Mikro- anstelle der sonst üblichen gesamtwirtschaftlichen Makrobetrachtung von Bürokratielasten zu gewinnen. An dem Projekt ist auch die OWL Marketing GmbH beteiligt.

Ansprechpartner:

Dr. Christoph von der Heiden, Geschäftsführer Industrie, Öffentlichkeitsarbeit, Volkswirtschaft, Innovation/Umwelt
Tel.: 0521 / 554-220, E-Mail: vdh@bielefeld.ihk.de

IHK Bonn / Rhein-Sieg

- Aus Anlass der Neuregelung der Fälligkeit von Sozialversicherungsbeiträgen zum 01.01.2006 hat die IHK folgende Studie bei einer privaten Beratungsfirma in Auftrag gegeben: „Bürokratiekostenmessung nach dem Standardkosten-Modell. Auswirkungen der neuen Regelung zur Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge (§ 23 Abs.1 Satz 2 SGB IV)“. Als Reaktion auf die Studie hat das zuständige Bundesministerium für Arbeit und Soziales den vorgezogenen Einzug von Sozialversicherungsbeiträgen zwar nicht wie gefordert rückgängig gemacht, das Verfahren wurde allerdings bedeutend kostengünstiger und damit unternehmerfreundlicher gestaltet.
- Mit der Studie „Entbürokratisierung kommunaler Rechtsvorschriften. Zusammenarbeit von Wirtschaft und Verwaltung. Ist-Situation und Verbesserungspotenzial“ konnten im Jahr 2006 Verbesserungspotenziale insbesondere in der Verwaltung aufgedeckt werden. Dazu wurden mehrere Unternehmen befragt. An der Studie waren neben der IHK auch die Fachhochschule Bonn/Rhein-Sieg und die Städte Bonn und Rheinbach beteiligt.
- Der IHK ist es gelungen, Unternehmen zur Beteiligung an den Bürokratiekostenmessung des Statistischen Bundesamtes im Januar 2007 zu gewinnen.

- Startercenter Bonn / Rhein-Sieg: Die IHK hat bei der Gründung der Startercenters mitgewirkt. Das Center ist ein Zusammenschluss von acht öffentlichen Partnern in der Region und hat seine Arbeit Anfang 2007 aufgenommen. Aufgabe ist es, Existenzgründer aus „einer Hand“ rasch und umfassend bei Gründungsfragen und -formalitäten zu beraten und zu unterstützen. Online oder unter einer einheitlichen Servicenummer erhalten potenzielle Existenzgründer aller Branchen Auskunft. Dabei greifen wir eine Initiative des Landes NRW auf, die die Existenzgründungsberatung nach festen Qualitätskriterien definiert und auch prüft. Internet: www.startercenter-bonn-rhein-sieg.de
- Praxisprojekt Unternehmerfreundliche Stadt: Seit September 2007 besteht dieses Gemeinschaftsprojekt der IHK mit der Fachhochschule Bonn/Rhein-Sieg. Ziel ist es, bestehende Gütesiegel von Verwaltungen hinsichtlich ihrer Mittelstandsfreundlichkeit zu untersuchen und Modelle für Kommunen zu entwickeln.

Ansprechpartnerin:

Carina Nillies, Referentin des Hauptgeschäftsführers

Tel.: 0228 / 2284-140, E-Mail: nillies@bonn.ihk.de

HK Bremen

- Seit Ende 2003 arbeitet die HK mit einer ressortübergreifenden Arbeitsgruppe des Senats zusammen, um Handlungsempfehlungen zum Abbau von Bürokratie sowie Vorschläge zur Modernisierung der Verwaltung zu erarbeiten.
- Im Jahr 2004 erarbeitete die HK gemeinsam mit dem „BAW-Institut für regionale Wirtschaftsforschung GmbH“ einen Entwurf für das Bremische Mittelstandsförderungsgesetz. Das Gesetz wurde im März 2006 von der Bürgerschaft beschlossen. Einige wichtige Inhalte des Gesetzes:
 - Durch die Einführung einer Mittelstandsklausel müssen künftig alle Gesetzentwürfe auf die Folgen für mittelständische Betriebe überprüft werden.
 - Bei einer geplanten Veränderung der Standortkosten ist das Land Bremen zukünftig verpflichtet, verstärkt auch auf die Wettbewerbsposition im regionalen Umfeld zu achten.
 - Mit dem Grundsatz des Vorrangs der privaten Leistungserbringung sowie der grundsätzlichen Befristung aller Landesvorschriften werden wichtige Forderungen der HK gesetzlich festgeschrieben. Im Ergebnis ist dies eine Umkehr der Beweislast, da nun der Gesetzgeber gezwungen ist, seine Rechtsnormen auf Notwendigkeit hin zu überprüfen.
- Im Mai 2006 verfasste die HK ein Strategiepapier zur Flexibilisierung der Kfz-Zulassung. Ziel: Die Kfz-Zulassung solle künftig alternativ zur staatlichen Zulassung auch durch private Anbieter, wie Kfz-Händler, ermöglicht werden. Ein entsprechendes Online-Verfahren zur Kfz-Zulassung durch Autohändler wurde von Bremer Stadtamt im November 2006 eingeführt. Im Dezember 2006 wurden der Senator für Inneres und Sport sowie die HK Bremen für diese Initiative mit dem „ARTUS-Preis für Entbürokratisierung“ ausgezeichnet.
- Die HK hat auf ihrer Internetseite einen Link eingerichtet, über die Vorschläge zum Bürokratieabbau online an die HK verschickt werden können (www.handelskammer-bremen.ihk24.de, Dok.-Nr. 5936)

Ansprechpartner:

Michael Zeimet, Referent für Mittelstand und unternehmensnahe Dienste

Tel.: 0421 / 36 37-243, E-Mail: zeimet@handelskammer-bremen.de

IHK Südwestsachsen Chemnitz–Plauen–Zwickau

- Beteiligung an Bürokratiekostenmessungen: Die IHK hat mehrere Unternehmen benannt, welche sich bereit erklärt haben, an den Bürokratiekostenmessungen des Statistischen Bundesamtes mitzuwirken.
- Mitarbeiter der IHK wurden bei Anhörungen im Landtag zu Fragen des Abbaus bürokratischer Vorschriften befragt.
- Über den Internetauftritt der IHK „Bürokratieabbau – Ihre Meinung ist gefragt!“ können Unternehmen Anregungen und Vorschläge zum Bürokratieabbau mitteilen. (www.chemnitz.ihk24.de, Dok.-Nr. 11140)

Weiterführende Informationen:

- Über den Internetlink www.chemnitz.ihk24.de sind die Aktivitäten der Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der Sächsischen IHKS abrufbar.

Ansprechpartner:

Ulf Spanke, Referent der Landesarbeitsgemeinschaft der Sächsischen IHKS

Tel.: 0371 / 69 00-1105, E-Mail: spanke@chemnitz.ihk.de

IHK zu Coburg

Initiativen auf Bundesebene:

- Im Jahr 2003 bewarben sich die IHK für Oberfranken Bayreuth, die HWK Oberfranken und die IHK zu Coburg als Modellregion Bürokratieabbau im Rahmen der „1. Initiative Bürokratieabbau“ des BMWi.
- Im Jahr 2005 nahm die IHK an der „2. Runde Bürokratieabbau“ teil und reichte gemeinsam mit der IHK für Oberfranken Bayreuth und der HWK für Oberfranken zehn konkrete Vorschläge zur Entbürokratisierung auf Bundesebene ein.

Initiativen auf Landesebene:

Gemeinsam mit der HWK Oberfranken und der IHK für Oberfranken Bayreuth wurden Gründeragenturen als Pilotprojekt der von der „Hentzler-Kommission“ vorgeschlagenen „One-Stop-Agencies für Unternehmensgründer“ eingerichtet. Ziel: Zentrale Anlaufstellen für Unternehmensgründer sollten geschaffen werden. Zusätzlich sollte die Vernetzung der Kammern mit den Kreisverwaltungsbehörden sowie den Rechtsanwalts-, Notar-, und Steuerberaterkammern verbessert werden.

Initiativen auf regionaler Ebene:

Im Jahr 2006 wurde die Initiative „Oberfranken entfesseln! Schlanke Verwaltung in Oberfranken!“ gestartet. Ziel: Durch Best-Practice-Beispiele sollten Anreize für mehr Effizienz und eine unbürokratische Verwaltung gesetzt werden. Es erging ein Aufruf an Unternehmen und Verwaltungen, besonders positive Fälle der Zusammenarbeit von Wirtschaft und Verwaltungseinrichtungen zu benennen. Insgesamt gingen 23 Rückmeldungen ein. Der Schwerpunkt lag auf der Vereinfachung von Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Die Ergebnisse wurden im Juli 2007 bei einer Pressekonferenz der oberfränkischen Wirtschaftskammern mit dem Staatssekretär im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, Dr. Joachim Würmeling, präsentiert.

Ansprechpartner:

Arne Linstädt, Bereichsleiter Standortpolitik

Tel.: 09561 / 7426-34, E-Mail: linstaedt@coburg.ihk.de

IHK Lippe zu Detmold

Die IHK ist Partner der Modellregion Ostwestfalen-Lippe (OWL). In diesem Zusammenhang wurden u.a.:

- auf Basis von Anregungen aus Wirtschaft und Verwaltungen zahlreiche Abbauvorschläge auf Landes- und Bundesebene erarbeitet,
- ein regionales Bündnis für Wirtschaftsnaher Verwaltung (OWL-Charta) geschlossen,
- Verwaltungsmitarbeiter trainiert,
- die Ausbildung der Verwaltungsmitarbeiter entsprechend angepasst,
- Projekte zur Messung von Bürokratiekosten nach dem Standardkosten-Modell unterstützt,
- Bundestreffen der Innovationsregionen organisiert.

Weiterführende Informationen zu dem Projekt:

www.ostwestfalen-lippe.de/_owl/regionale_projekte/wina_verwaltung/initiative.shtml

Die IHK Lippe hat mit der IHK Ostwestfalen und der HWK Ostwestfalen-Lippe konkrete Vorschläge zur Verwaltungsmodernisierung auf Landesebene unterbreitet und an einem Positionspapier der IHKs NRW zur Reform der Umweltverwaltung in NRW mitgewirkt. Die IHK ist Partner in einem Projekt des Landes zur Verbesserung des Verwaltungshandelns.

Ansprechpartner:

Matthias Carl, Referent für Innovation, Umwelt und Energie

Tel.: 05231 / 76 01 18, E-Mail: carl@detmold.ihk.de

IHK zu Dortmund

Die IHK beteiligt sich an einem landesweiten Projekt, bei dem sie mit HWK und Wirtschaftsförderungseinrichtungen kooperiert. Ziel: Durch Kompetenzbündelung und zertifizierte Qualität soll die Gründungsunterstützung verbessert und die Zeit von der Idee bis zur tatsächlichen Aufnahme des Betriebs verkürzt werden. Die Einrichtung einer einheitlichen Gründungs-Hotline ist geplant.

Weiterführende Informationen zu dem Projekt: www.startercenter-westfaelisches-ruhrgebiet.de

Ansprechpartner:

Ulf Wollrath, Geschäftsführer der Abt. Wirtschafts- und Strukturförderung

Tel.: 0231 / 5417-280, E-Mail: u.wollrath@dortmund.ihk.de

IHK Erfurt

- In dem Projekt „Wirtschaftsfreundliche Verwaltung Mittelthüringen“ widmet sich seit Anfang 2006 eine Arbeitsgruppe verschiedenen Schwerpunktthemen, welche das Verwaltungshandeln im Sinne von Unternehmerfreundlichkeit optimieren sollen. In dieser Arbeitsgruppe arbeiten aktiv zwei Kreisverwaltungen und zwei Kreisfreie Städte sowie Vertreter von IHK und HWK, dem Staatlichen Umweltamt Erfurt, der Sparkasse Mittelthüringen sowie dem Wirtschaftsministerium mit. Alle Kommunen der Initiativregion wollen noch in diesem bzw. im nächsten Jahr die Güte- und Prüfbestimmungen für mittelstandsfreundliche Verwaltungen erfüllen und dies durch die Zertifizierung mit dem „RAL-Gütezeichen“ dokumentieren.
- In dem Projekt „Konzept für mehr Wirtschaftsfreundlichkeit“ der Thüringer Landesregierung unter Einbindung der IHK konnten auf Landesebene seit Februar 2004 u. a. folgende Maßnahmen realisiert werden:
 - Seit April 2004 gibt es eine Regelung, die Gebühren für EMAS (Eco-Management and Audit Scheme)-registrierte Betriebe um 30 % ermäßigt.
 - Im Juni 2004 wurde auf dem Verordnungswege eine Verkürzung der allgemeinen Sperrzeit für Schank- und Speisewirtschaften sowie für öffentliche Vergnügungstätten eingeführt.
 - Die Novelle der Vergabe-Mittelstandsrichtlinie trat im Juli 2004 in Kraft.
 - Ein überarbeiteter und weniger detaillierter Landesentwicklungsplan trat im Oktober 2004 in Kraft.
 - Das Thüringer Ministerium für Bau und Verkehr hat zum 1. April 2005 eine Richtlinie in Kraft gesetzt, die die touristische Beschilderung an Straßen vereinfacht („Ergänzende Maßgaben zur Verwendung des Zeichens 386 StVO“).
 - Seit Dezember 2006 arbeitet Thüringen mit dem Elektronischen Handelsregister.
 - Gemeinsam mit den Ländern Sachsen und Sachsen-Anhalt wird ein gemeinsames elektronisches Mahngericht realisiert.
- Die IHK begleitete mehrere Gesetzgebungsvorhaben. So u.a.
 - auf Landesebene die Novellierung der Thüringer Bauordnung,
 - auf Bundesebene das sog. „Erste Mittelstands-Entlastungs-Gesetz“.
- Bei den Bürokratiekostenmessungen nach dem Standardkosten-Modell (SKM) werden probeweise die Kosten im Gaststättenwesen ermittelt.
- Bei dem Projekt „Konzept für mehr Wirtschaftlichkeit 2007“ des Thüringer Wirtschaftsministeriums hat sich die IHK aktiv in den Fortschreibungsprozess eingebunden.
- Die IHK arbeitet an der „Dritten Runde des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie zur Umsetzung von Vorschlägen zu Bürokratieabbau und Deregulierung aus den Regionen“ mit, indem sie Probleme und Forderungen der Thüringer Wirtschaft benennt.

Ansprechpartnerin:

Dr. Cornelia Haase-Lerch, Abteilungsleiterin Standortpolitik

Tel.: 0361 / 34 84-260, E-Mail: haase@erfurt.ihk.de

IHK Frankfurt am Main

- Mitgliederbefragungen zu den städtischen Vorschriften wurden in den Jahren 2003 und 2005 durchgeführt.
- Die IHK arbeitet in der AG „Bürokratieabbau“ der Stadt Frankfurt am Main mit und hat bei der Erstellung des Frankfurter Verwaltungswegweisers für die Wirtschaft mitgewirkt. Regelmäßig führt die IHK Gespräche mit Bürgermeistern und Verwaltungsangehörigen zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren.
- An dem Projekt der hessischen Landesregierung „Wir bauen Bürokratie ab – Machen Sie mit“ ist die IHK beteiligt.
- Gemeinsam mit dem Hessischen Statistischen Landesamt wurde das Online-Gewerbeweb entwickelt.
- Die Bürokratiekostenmessungen des Statistischen Bundesamtes hat die IHK durch Benennung von Unternehmen unterstützt.
- Das Elektronische Handelsregister wurde auf Initiative der IHK eingeführt.
- Die IHK hat Vorschläge zum Abbau von Bürokratie in Zusammenarbeit mit dem Ausschuss „Kleine und Mittlere Unternehmen“ erarbeitet. So hat sich die IHK für eine Absenkung des Schwellenwertes bei Unternehmensbefragungen im Rahmen der amtlichen Statistik ausgesprochen.
- Die IHK veröffentlichte mehrere Pressemeldungen zum Thema Bürokratielast.

Ansprechpartner:

Alfred Siegl, Stellv. Geschäftsführer des Geschäftsfeldes Recht und Steuern
Tel.: 069 / 2197-1329, E-Mail: a.siegl@frankfurt-main.ihk.de

IHK Ostbrandenburg (Frankfurt/Oder)

Die IHK hat die Arbeitstagung „Verwaltung trifft Wirtschaft“ zum Thema Bürokratieabbau durchgeführt. Gemeinsam mit der HWK Frankfurt (Oder) sowie dem Landkreis Märkisch-Oderland wurden folgende Maßnahmen zum Bürokratieabbau erreicht:

- Durch Aufhebung bzw. Modifizierung von Rechtsvorschriften konnte eine Reihe konkreter Vorschläge zum Bürokratieabbau erarbeitet werden.
- Die teilnehmenden Institutionen vereinbarten eine Initiative zur Weiterentwicklung einer wirtschaftsfreundlichen Verwaltung im Landkreis Märkisch-Oderland.

Ansprechpartner:

Dr. Knuth Thiel, Stellv. Leiter des Geschäftsfeldes Standortpolitik, Innovation und Umwelt
Tel.: 0335 / 56 21-233, E-Mail: thiel@ihk-ffo.de

IHK Halle-Dessau

- Die IHK hat sich an den Bürokratiekostenmessungen des Statistischen Bundesamtes beteiligt und zahlreiche Unternehmen zur Teilnahme an der SKM-Messung gewonnen.
- Die IHKs der Landesarbeitsgemeinschaft Sachsen-Anhalt haben sich am Wettbewerb „Innovationsregionen“ des Bundeswirtschaftsministeriums beteiligt und Vorschläge eingereicht. Die IHK übernahm bei der Erarbeitung von Abbauvorschlägen zudem die Federführung des „Regionalforums Mitteldeutschland“, einem Zusammenschluss von Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft im Raum Halle-Leipzig-Dessau-Gera/Jena.
- Die IHK ist Mitglied der Umweltallianz des Landes Sachsen-Anhalt. Diese hat u.a. zum Ziel, die bürokratische Belastung für Unternehmen im Umweltbereich zu reduzieren.

Ansprechpartner:

Andreas Scholtyssek, Referent Standortpolitik

Tel.: 0345 / 2126-203, E-Mail: ascholtys@halle.ihk.de

IHK Hanau-Gelnhausen-Schlüchtern

Auf Initiative der IHK findet ein regelmäßiger Austausch mit den Bürgermeistern des Main-Kinzig-Kreises statt. Bei diesen Treffen werden Aspekte des Bürokratieabbaus auf Verwaltungsebene diskutiert. Es ist das Ziel, Verwaltungsabläufe zwischen Wirtschaft und kommunaler Verwaltung zu optimieren.

Ansprechpartner:

Dr. Achim Knips, Referat für Öffentlichkeitsarbeit, Volkswirtschaft und Statistik

Tel.: 06181 / 92 90-14, E-Mail: a.knips@hanau.ihk.de

IHK Ostwürttemberg (Heidenheim)

- Die IHK hat sich an den Bürokratiekostenmessungen des Statistischen Bundesamtes beteiligt und Unternehmen zur Teilnahme an der SKM-Messung benannt.
- Mehrere Artikel zum Thema „Bürokratieabbau“ wurden in der IHK-Zeitschrift veröffentlicht.
- Vorschläge zum Bürokratieabbau wurden auf Landes- und Bundesebene erarbeitet und eingereicht.
- Die IHK benannte Mitgliedsunternehmen aus dem Bereich Maschinenbau für ein Projekt des Wirtschafts- und des Innenministeriums des Landes Baden-Württemberg. In diesen Unternehmen wurde die Belastung aus Bürokratie am Beispiel von KMUs untersucht.

Ansprechpartner:

Erhard Zwettler, Branchenkoordinator Industrie

Tel.: 07321 / 324-127, E-Mail: zwettler@ostwuerttemberg.ihk.de

IHK Heilbronn–Franken

- Die IHK hat eine Behördenhilfe-Hotline im Jahr 2004 eingerichtet. Die Unternehmen können ihre Anliegen auch per E-Mail (behoerdenhilfe@heilbronn.ihk.de) schildern.
- Mehrere Vorschläge zum Bürokratieabbau auf Bundes- und Landesebene wurden von der IHK erarbeitet.

Ansprechpartner:

Stefan Widder, Teamkoordinator Standort & Recht

Tel.: 07131 / 9677-43, E-Mail: widder@heilbronn.ihk.de

IHK Hochrhein–Bodensee

- Auf Initiative der IHK wurde 1996 gemeinsam mit dem Regierungspräsidium Freiburg ein Programm zur Beschleunigung von Genehmigungsverfahren erarbeitet.
- Unter Federführung der IHK wurde 2004 in Kooperation mit dem Regierungspräsidium Freiburg, mehreren Landkreisen, der Kreishandwerkerschaft, der Handwerkskammer und den Wirtschaftsjunoren eine Fragebogenaktion mit rund 500 Unternehmen der Region durchgeführt. Ergebnis: Es wurde eine gemeinsame Erklärung verfasst und die Broschüre „Modellprojekt Entbürokratisierung“ der Region Hochrhein–Bodensee veröffentlicht.
- Die Region Hochrhein–Bodensee wurde als „Modellregion des Landes für Bürokratieabbau“ durch das Staatsministerium Baden–Württemberg im Jahr 2004 ausgezeichnet.
- Bürokratiekosten nach dem Standard-Kostenmodell wurden im Bereich der Landesbauordnung gemessen.
- Die IHK erfasst systematisch Bürokratiehemmnisse von kleinen und mittleren Unternehmen (KMU). In diesem Zusammenhang beteiligte sie sich auch an den beiden Broschüren mit Vorschlägen zum Bürokratieabbau des DIHK.
- Die IHK besitzt die Federführung im Arbeitskreis Bürokratieabbau der Landesregierung. Dabei kooperiert sie mit dem Innenministerium, dem Wirtschaftsministerium und dem Staatsministerium. Mehrere Projekte des Wirtschaftsministeriums wurden in diesem AK initiiert.
- Die IHK arbeitete in dem Projekt „Bürokratieabbau aus den Regionen“ unter Federführung der OWL-Marketing GmbH aus Bielefeld mit.

Ansprechpartner:

Dr. Uwe Böhm, Geschäftsführer, Leiter Geschäftsfeld Innovation und Umwelt/Energie; Internationale Kontakte

Tel.: 07622 / 3907-218, E-Mail: Uwe.Boehm@konstanz.ihk.de

IHK Kassel

Das Netzwerk Mittelstand der IHK Kassel lädt regelmäßig Personen des öffentlichen Lebens zum sog. „Unternehmerfrühstück“ ein. Vertraulich und im kleinen Kreis werden dann mit einzelnen MdBs, MdLs, MdEPs, OBs, Landräten, Regierungspräsidenten oder Gewerkschaftern Mittelstandsthemen – immer auch die bürokratischen Belastungen – angesprochen und diskutiert.

Ansprechpartner:

Ulrich Spengler, Geschäftsführer Standortpolitik und Unternehmensförderung
Tel.: 0561 / 7891-271, E-Mail: spengler@kassel.ihk.de

IHK zu Koblenz

- Die IHK hat Fallbeispiele für überflüssige Bürokratie in Deutschland gesammelt und unter den Überschriften „Fronddienste für den Staat“ und „Wo der Schuh drückt“ veröffentlicht. In diesem Zusammenhang fanden auch Diskussionen mit politischen Entscheidungsträgern statt.
- Die IHK-Zeitschrift berichtete über Maßnahmen zum Bürokratieabbau der IHK-Organisation.
- Die Problematik der Bürokratiebelastung in der Wirtschaft inklusive mehrerer Lösungsvorschläge wurde in mehreren Publikationen aufgezeigt, z.B. „Wirtschaftsfreundlichkeit der Kommunen“, „Schluss mit dem Kirchturmdenken“, Papier zur Kommunalwahl 2004.
- Die IHK hat sich an den Bürokratiekostenmessungen des Statistischen Bundesamtes beteiligt und Unternehmen zur Teilnahme an der SKM-Messung benannt.

Ansprechpartner:

Michael Mätzig, Referent Volkswirtschaft
Tel.: 0261 / 106-258, E-Mail: maetzig@koblenz.ihk.de

IHK zu Köln

- In Zusammenarbeit mit dem gemeinsamen Umweltausschuss der IHKs Köln und Bonn/Rhein-Sieg wurde die Broschüre "Umweltbürokratie abbauen und Vertrauen schaffen!" erstellt, die 18 konkrete Vorschläge zum Bürokratieabbau enthält. Diese Vorschläge wurden politischen Entscheidungsträgern überreicht. Internet: www.ihk-koeln.de/Navigation/InnovationUndUmwelt/Umwelt/
- Die beiden NRW-Ministerien Wirtschaft und Umwelt haben mit BDI, IHKs und HWKs im Jahr 2006 den „Dialog Wirtschaft und Umwelt NRW“ (www.dwu.nrw.de) ins Leben gerufen. Dieser verfolgt das Ziel, die Kooperation von Staat und Wirtschaft zu verbessern, die Spitzenstellung NRWs im kooperativen Umweltschutz auszubauen sowie Verwaltungsverfahren zu vereinfachen und zu modernisieren. Dazu wurden Arbeitskreise zu den Themen Immissionsschutz, Gewässerschutz, Abfall- und Bodenschutz sowie Ressourcenmanagement gegründet. Bereits umgesetzt werden konnte beispielsweise eine Clearingstelle, die Konflikte bei Genehmigungsverfahren lösen und damit langjährige Gerichtsverfahren überflüssig machen soll. Die IHK-Vereinigung NRW leitet den "AK Ressourceneffizienz" und hat für alle vier Arbeitskreise eine Dialog-Plattform im Internet eingerichtet: www.ihk-nrw.de/dialog_wirtschaft_umwelt_nrw.html

- Im Rahmen der Diskussion um die zukünftige Verwaltungsstrukturreform haben die IHKs in NRW im Juli 2007 ein umfassendes Positionspapier erarbeitet.

Ansprechpartnerin:

Anke Schweda, Referentin Energie und Umwelt

Tel.: 0221 / 1640-503, E-Mail: anke.schweda@koeln.ihk.de

IHK Pfalz (Ludwigshafen)

- Die IHK hat Unternehmensbefragungen zu bürokratischen Lasten und Deregulierungsvorschlägen vorgenommen und in der IHK-Zeitschrift berichtet.
- Unter Mitarbeit der IHK wurde die „Auftragsboerse.de“ geschaffen, die eine Zusammenstellung aller öffentlichen Ausschreibungen in der Metropolregion Rhein-Neckar enthält. Hierbei handelt es sich um eine Gemeinschaftsprojekt in Kooperation mit den Handwerkskammern, den Kommunen der Region sowie der Metropolregion Rhein-Neckar GmbH.
- Die Problematik der Bürokratiebelastung inklusive Lösungsvorschlägen war Gegenstand von Publikationen der IHK – so z.B. im „Markenartikel Rheinland-Pfalz“ der Landesarbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz.
- Die IHK hat sich an den Bürokratiekostenmessungen des Statistischen Bundesamtes beteiligt und Unternehmen zur Teilnahme an der SKM-Messung benannt.

Ansprechpartnerin:

Ruth Scherer, Referentin für Konjunktur und Wirtschaftsstatistik

Tel.: 0621 / 5904-1510, E-Mail: ruth.scherer@pfalz.ihk24.de

IHK Lüneburg-Wolfsburg

Die IHK hat an zwei Projekten der niedersächsischen Landesregierung zur Messung der Bürokratiekosten nach dem Standardkosten-Modell in den Bereichen Landesbauordnung und Gaststättenrecht teilgenommen.

Ansprechpartner:

Martin Exner, Leiter des Geschäftsbereichs Standortpolitik

Tel.: 04131 / 742-123, E-Mail: exner@lueneburg.ihk.de

IHK Magdeburg

- Die IHK hat sich an den Bürokratiekostenmessungen des Statistischen Bundesamtes beteiligt und Unternehmen zur Teilnahme an der SKM-Messung benannt.
- Eine Initiative des Industriausschusses zum Bürokratieabbau ist in Vorbereitung.

Ansprechpartner:

Sven Horn, Amt. Geschäftsführer Industrie / Umwelt / Konjunktur

Tel.: 0391 / 5693 150, E-Mail: horn@magdeburg.ihk.de

IHK für München und Oberbayern

- In Zusammenarbeit mit der Bayerischen Landesregierung hat die IHK in der sog. „Henzler Kommission“ Empfehlungen zum Bürokratieabbau erarbeitet. Grundlage der Vorschläge dieser Kommission waren umfangreichen Unternehmerinterviews, an denen sich die IHK beteiligte. Neben Melde-, Anzeige- und Informationspflichten wurden auch die Effizienz von Verwaltungshandeln sowie die Mechanismen der Gesetzgebung kritisch hinterfragt. Die Beschlussfassung der Kommission („Entbürokratisieren, deregulieren, flexibilisieren – Vorfahrt für Unternehmen und Arbeit“) sowie eine Zwischenbilanz zur Umsetzung der Empfehlungen findet sich unter: www.bayern.de/Wirtschaftsstandort/Deregulierungskommission
- Bürokratieabbau im Bayerischen Gaststättenrecht: Die IHK München wurde vom Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie an dem Projekt zur Bewertung der Bürokratiekosten des novellierten Bayerischen Gaststättengesetzes beteiligt. In diesem Projekt wurden mittels eines "SKM-Quick Scan" die Bürokratiekosten des bundeseinheitlichen Gaststättenrechts den entsprechenden Kosten des bayerischen Gesetzentwurfes gegenübergestellt.
- Beteiligung an den SKM-Messungen des Statistischen Bundesamtes: Die IHK München hat in der Vollversammlung die gewählten Vertreter der Wirtschaft dazu aufgerufen, sich am SKM-Projekt der Bundesregierung zu beteiligen. Es konnten insgesamt 60 Teilnehmer gewonnen werden.

Ansprechpartner:

Dr. Thomas Schleiermacher, Referent der Abteilung Volkswirtschaft
Tel.: 089 / 5116 – 200, E-Mail: schleiermacher@muenchen.ihk.de

IHK Nord Westfalen (Münster)

- Im Jahre 2003 bewarb sich die Emscher-Lippe-Region unter Mitwirkung der IHK als Testgebiet für weniger Bürokratie und mehr Beschäftigung. In der Bewerbung wurden 15 konkrete Vorschläge gemacht.
- Die IHK initiierte unter den Mitgliedsunternehmen eine Umfrage zum Bürokratieabbau, deren Ergebnisse veröffentlicht wurden.
- Unter der Überschrift „Alles geregelt, nichts geht mehr: Unternehmen im Griff der Bürokratie“ wurde eine Vortrags- und Diskussionsveranstaltung durchgeführt.
- Die IHK hat sich an den Bürokratiekostenmessungen des Statistischen Bundesamtes beteiligt und Unternehmen zur Teilnahme an der SKM-Messung benannt.
- Mehrere Artikel zum Bürokratieabbau wurden veröffentlicht.

Ansprechpartner:

Prof. Dr. Bodo Risch, Geschäftsführer des Geschäftsbereiches International und Dienstleistungen
Tel.: 0251 / 707-298, E-Mail: risch@ihk-nordwestfalen.de

IHK Osnabrück-Emsland

Projekte / Aktionen auf EU-Ebene:

Die IHK führte Gespräche mit Dr. Markus Pieper, Abgeordneter des EU-Parlaments, zum Thema Bürokratieabbau in der EU.

Projekte / Aktionen auf Bundesebene:

- Anfang 2003 hat die IHK dem Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) im Rahmen der „1. Initiative Bürokratieabbau“ den Landkreis Emsland als Modellregion für Bürokratieabbau vorgeschlagen. Ergebnis: Das Ministerium förderte ein von wissenschaftlichen Institutionen begleitetes Projekt, mit dem Hinweise von Betrieben auf unnötige oder kostentreibende Vorschriften gesammelt wurden. Auf dieser Basis erarbeitete die IHK eine Liste mit 35 Vorschlägen zum Bürokratieabbau, die an das BMWi übermittelt wurde.
- Im Jahr 2005 beteiligte sich die Region Osnabrück-Emsland unter Federführung der IHK an der „2. Initiative Bürokratieabbau“ des BMWi (neben Braunschweig einzige Region in Niedersachsen). Projektteilnehmer waren die Stadt Osnabrück, die Landkreise Emsland, Grafschaft Bentheim und Osnabrück sowie die Handwerkskammer Osnabrück-Emsland. Die Region legte dem BMWi zehn neue Vorschläge zum Bürokratieabbau vor.
- Die IHK hat sich an der Bürokratiekostenmessung des Statistischen Bundesamtes beteiligt und Unternehmen zur Teilnahme an der SKM-Messung benannt.

Projekte / Aktionen auf Landesebene:

- Die IHK hat sich an der Bürokratiekostenmessung des Landes Niedersachsen im Bereich Baurecht beteiligt und Unternehmen zur Teilnahme an der SKM-Messung benannt.
- Die IHK setzte sich erfolgreich für die Einführung des Niedersächsischen Modellkommunengesetzes ein, nach dem einzelne Kommunen testweise von Landesvorschriften befreit werden. Zwei der fünf Modellkommunen kommen aus dem IHK-Bezirk Osnabrück-Emsland (Landkreise Emsland und Osnabrück).
- Die IHK diskutierte im Rahmen einer Gesprächsrunde mit rund 30 Unternehmern mit der Nds. Justizministerin Elisabeth Heister-Neumann Möglichkeiten des Landes zum Bürokratieabbau.

Projekte / Aktionen auf regionaler Ebene:

Die IHK veröffentlichte mehrere Presseinformationen sowie Artikel und Kommentare zum Thema Bürokratieabbau in der IHK-Zeitschrift.

Ansprechpartner:

Frank Hesse, Geschäftsführer Öffentlichkeitsarbeit, Wirtschaftspolitik, International
Tel.: 0541 / 353-110, E-Mail: hesse@osnabrueck.ihk.de

IHK Nordschwarzwald (Pforzheim)

- Die Region Nordschwarzwald bewarb sich als Innovationsregion beim Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit im Januar 2004. In diesem Zusammenhang wurden gemeinsam mit dem Landkreis Calw 50 Vorschläge zum Bürokratieabbau erarbeitet, die in die Diskussion eingebracht wurden.
- Die IHK hat mit weiteren Partnern aus Kommunalverwaltung, Handwerk und Wirtschaft das „Dienstleistungszertifikat Nordschwarzwald – Kommunale Kompetenz“ geschaffen. Hierbei handelt es sich um ein Qualitätssiegel für Kommunen. Ziel ist es, die Qualität der Arbeit von Kommunen für die Wirtschaft zu verbessern und dadurch unnötige Bürokratie zu vermeiden. Weiterführende Informationen unter: www.kommunale-kompetenz.de
- Es fanden regelmäßige Veröffentlichungen zum Thema Bürokratieabbau im IHK-Magazin und im Internetauftritt der IHK statt.
- Die IHK hat sich an den Bürokratiekostenmessungen des Statistischen Bundesamtes beteiligt und Unternehmen zur Teilnahme an der SKM-Messung benannt.

Ansprechpartner:

Jens Mühleisen, Geschäftsführer für Standortpolitik und Öffentlichkeitsarbeit
Tel.: 07231/201-150, E-Mail: muehleisen@pforzheim.ihk.de

Oliver Laukel, Geschäftsfeld Innovation und Umwelt, Umweltberater
Tel.: 07231 / 201-155, E-Mail: laukel@pforzheim.ihk.de

IHK Potsdam

- Seit Ende 2004 besteht ein Gesprächskreis „Bürokratieabbau“. Teilnehmer sind Staatskanzlei und Ministerien, IHKs und HWKs, Landtag, Landkreistag sowie Städte- und Gemeindebund, Unternehmerverbände und Universitäten. Es werden grundsätzliche Fragen des Bürokratieabbaus diskutiert und entschieden.
- Seit 2005 gibt es sog. Modellregionen für den Bürokratieabbau in Brandenburg. Aufgabe der Modellregionen ist es, Vorschläge zum Bürokratieabbau zu entwickeln und versuchsweise umzusetzen. An diesem Projekt nehmen teil: Staatskanzlei, Landkreise (die als Modellregionen agieren wollen), IHKs und HWKs, Landkreistag sowie Städte- und Gemeindebund.
- Die IHK hat im Jahr 2006 umfangreiche Messung der Bürokratiekosten nach dem Standardkosten-Modell finanziell unterstützt und inhaltlich begleitet. Eine private Beratungsfirma wurde vom Landtag beauftragt, die Informationskosten sämtlicher Gesetze und Rechtsverordnungen des Landes Brandenburg zu messen. Die Ergebnisse flossen in den Abschlussbericht des Landtags-Sonderausschusses zur Überprüfung von Normen und Standards ein.

Ansprechpartner:

Peter Klein, Kommissarischer Leiter des Regional-Centers Neuruppin
Tel.: 03391 / 84000, E-Mail: klein@potsdam.ihk.de

IHK Reutlingen

- Die IHK hat sich an den Bürokratiekostenmessungen des Statistischen Bundesamtes beteiligt und Unternehmen zur Teilnahme an der SKM-Messung benannt.
- Ein „Bürokratieabbau-Beauftragter“ der IHK wurde eingerichtet. Damit wurde eine Anlaufstelle für alle Beschwerden von Unternehmen zum Thema „Bürokratie“ geschaffen.
- Die IHK übernimmt die Moderation zwischen dem Ombudsmann für Bürokratieabbau des Landes Baden-Württemberg und betroffenen Unternehmen.
- Der Bürokratieabbau ist ständiges Thema bei allen Gesprächen mit Politikern auf allen Ebenen.
- Die IHK informiert die Unternehmen fortlaufend zum Thema Bürokratieabbau durch den IHK-Ticker und die „Wirtschaft-Neckar-Alb“.

Ansprechpartner:

Florian Pfoertner, Persönlicher Referent des Hauptgeschäftsführers
Tel.: 07121 / 201 -189, E-Mail: pfoertner@reutlingen.ihk.de

IHK Rostock

- Die IHK pflegt beim Thema „Bürokratieabbau“ den ständigen Kontakt zum Land Mecklenburg-Vorpommern und zu verschiedenen Kommunen.
- Aktuell arbeitet die IHK in der neu gegründeten innerministeriellen Arbeitsgruppe „Bürokratieabbau und Deregulierung“ (IMAG) mit und hat diesem Gremium die neuesten Vorschläge zum Bürokratieabbau unterbreitet. Zentraler Ansatzpunkt ist die Einführung einer stärkeren Dienstleistungs- und Unternehmerorientierung in der gesamten Landes- und Kommunalverwaltung. Auf der Ebene von Erlassen und Dienstweisungen sowie durch geeignete Schulung soll erreicht werden, dass Ermessens- und Beurteilungsspielräume von den einzelnen Entscheidern im Regelfall zugunsten der Unternehmen bzw. von unternehmerischen Investitionen genutzt werden. Die ersten Sitzungen der IMAG haben gezeigt, dass diese Idee auch bei den Ressorts breite Unterstützung gefunden hat.

Ansprechpartner:

Jens Rademacher, Geschäftsführer für den Geschäftsbereich Recht, Steuern, Handelsregisterwesen
Tel.: 0381 / 338-400, E-Mail: rademacher@rostock.ihk.de

IHK Stade für den Elbe-Weser-Raum

- Die IHK wirkt bei dem niedersächsischen Modellkommunengesetz mit. Im Rahmen eines Pilotprojektes, soll bei mehreren Kommunen versucht werden, Verwaltungsverfahren zu verkürzen, Antragswege zu modifizieren, Gesetze zu erleichtern oder Verordnungen zu streichen.
- Dem Landkreis Cuxhaven wurde auf Initiative der IHK ein Beirat zur Seite gestellt, der aus Vertretern der gewerblichen Wirtschaft besteht und der die Arbeit des Landkreises begleiten und reflektieren soll.

- Beispiele für vereinfachte Verwaltungsabläufe: Zulassung von Messen und Märkten, Zurückstellung von Wehrpflichtigen vom Grundwehrdienst/Wehrübung, die Zulassung von Außengastronomien oder Werbeträgern.

Ansprechpartner:

Jochen Werwath, Geschäftsführer IHK-Geschäftsstelle Cuxhaven
Tel.: 04721 / 721618, E-Mail: werwarth@stade.ihk.de

Ilja Nothnagel, Referent für Standortentwicklung und Volkswirtschaft
Tel.: 04141 / 524148, E-Mail: nothnagel@stade.ihk.de

IHK Trier

- Die IHK hat Unternehmensbefragungen zu bürokratischen Lasten und Deregulierungsvorschlägen unternommen.
- Eine Anti-Bürokratie-Hotline der IHK wurde eingerichtet – in der IHK-Zeitschrift wurde darüber informiert.
- In mehreren Veröffentlichungen wurden die Probleme mit der Bürokratie inklusive der Lösungsvorschläge dargestellt („IHK-HWK-Positionspapier „Wettbewerb wagen – Wachstum schaffen“; IHK-HWK-Jahresberichte zur Lage der Region).
- Die IHK hat sich an den Bürokratiekostenmessungen des Statistischen Bundesamtes beteiligt und Unternehmen zur Teilnahme an der SKM-Messung benannt.
- IHK und HWK haben eine Checkliste „Wirtschaftsfreundliche Kommune“ erstellt und veröffentlicht.
- Im Zuge der gemeinsamen Kooperationsveranstaltung „HWK-IHK Forum Wirtschaft – Kommune“ wurden regionale Beispiele unbürokratischen kommunalen Handelns präsentiert und diskutiert.

Ansprechpartner:

Dr. Matthias Schmitt, Geschäftsbereichsleiter Standortpolitik
Tel.: 0651 / 9777-901, E-Mail: schmitt@trier.ihk.de

IHK Ulm

- Die IHK führt ein gemeinsames Projekt mit der IHK Schwaben durch, welches in einem vergleichenden Ansatz Bürokratieabbau in der grenzüberschreitenden Region Ulm / Neu-Ulm (BW / BY) verfolgt.
Zu Baugenehmigungsverfahren wurde unter folgenden Aspekten eine Wertanalyse erstellt:
 - Vergleich der Vorgehensweisen in den Bauverwaltungen der Region Ulm / Neu-Ulm
 - Vorschläge für Verbesserungen in den Verfahrensabläufen und Vorschläge zur Änderung des Baurechts in Baden-Württemberg und Bayern. In Baden-Württemberg wurden die Ergebnisse für eine Novelle der Landesbauordnung eingereicht (Oktober 2007).
 - Die beteiligten Baubehörden unterzeichneten eine Vereinbarung zur Realisierung von Verbesserungen in Baugenehmigungsverfahren (u. a. zur max. Bearbeitungsdauer).

Im Jahr 2008 werden immissionsschutzrechtliche Verfahren untersucht.

- Im Jahr 2007 wurde eine Standortumfrage durchgeführt, um die Zufriedenheit mit den Leistungen der Verwaltungen vor Ort zu untersuchen. Bestandteile waren:
 - Analyse mit den betreffenden Behörden, in welchen Bereichen aus der Sicht der Unternehmen Verbesserungen nötig und wünschenswert sind,
 - Erkenntnisse über erwünschte Internet-Dienstleistungen.
- Des Weiteren wurde eine spezielle E-Mail-Umfrage bei kleinen Unternehmen mit weniger als 20 Mitarbeitern durchgeführt, aus der weitere Anregungen für Bürokratieabbau auf Bundes-, Landes und kommunaler Ebene gewonnen wurden.
- Die IHK fungiert als Anlaufstelle für Unternehmen und Behörden zu Bürokratiebelastungen. Hierbei werden auch Einzelfälle zu bürokratischen Belastungen eruiert.
- Die IHK hat sich an den Bürokratiekostenmessungen des Statistischen Bundesamtes beteiligt und Unternehmen zur Teilnahme an der Messung nach dem Standardkosten-Modell benannt.
- Die IHK ist beteiligt am Arbeitskreis Bürokratieabbau der Landesregierung sowie an dem Landesprojekt Bürokratieentlastung für KMU („BE-KMU“). In diesem Zusammenhang wurden ein KMU-Check sowie ein KMU-Alarm eingeführt. (Ergebnisse unter www.innenministerium.baden-wuerttemberg.de)
- Die IHK engagiert sich, um Städte und Gemeinden für den Einsatz von eBürgerdiensten zu gewinnen. Beispiel: Elektronische Gewerbemeldungen.
- Basierend auf den Erkenntnissen diverser Aktionen für Bund und Land wurde eine Vorschlagsliste für das Dritte Mittelstands-Entlastungs-Gesetz im September 2007 an den DIHK weitergereicht („10 Ulmer Vorschläge gegen Bürokratie“).

Weiterführende Informationen:

www.ulm.ihk24.de, Dok.-Nr. 9648

Ansprechpartner:

Dr. Hermann Schöllhorn, Referent für Bürokratieabbau und Verwaltungsvereinfachung

Tel.: 0731 / 173 - 186, E-Mail: schoellhorn@ulm.ihk.de

IHK Würzburg-Schweinfurt

- Die IHK hat sich an den Bürokratiekostenmessungen des Statistischen Bundesamtes beteiligt und Unternehmen zur Teilnahme an der SKM-Messung benannt.
- Die IHK organisiert runde Tische mit der Verwaltung, bei denen Fragen zur Vereinfachung von Straßenbeschilderungen / Firmenhinweisbeschilderungen erörtert werden.

Ansprechpartner:

Rudolf Trunk, Stellv. Hauptgeschäftsführer

Tel.: 0931 / 4194-320, E-Mail: trunk@wuerzburg.ihk.de

II INITIATIVEN DER LANDESARBEITSGEMEINSCHAFTEN

Niedersächsischer Industrie- und Handelskammertag (NIHK)

- Der Niedersächsische Industrie und Handelskammertag (NIHK) legte 2003 eine Liste mit über 40 Vorschlägen zum Bürokratieabbau insbesondere im Land Niedersachsen vor.
- Der NIHK-Federführer „Volkswirtschaft, Konjunktur, Statistik, Deregulierung“ diskutierte mehrfach mit dem Niedersächsischen Wirtschaftsministerium Möglichkeiten zum Bürokratieabbau auf Landesebene. In dem NIHK-Eckwertepapier zur Landtagswahl werden dem neuen Landtag Vorschläge zum Bürokratieabbau unterbreitet.

Ansprechpartner:

Frank Hesse, NIHK-Federführer „Volkswirtschaft, Konjunktur, Statistik, Deregulierung“
Tel.: 0541 / 353-110, E-Mail: hesse@osnabrueck.ihk.de

IHK-Arbeitsgemeinschaft Rheinland-Pfalz

- Die LAG hat eine 22-Punkte Liste zum Bürokratieabbau erarbeitet und an die Rheinland-Pfälzische Staatskanzlei sowie weitere politische Entscheidungsträger verschickt. Die Liste wurde im Zeitablauf aktualisiert. Zentrale Bürokratieabbauvorschläge der LAG (Einführung gesetzlicher Genehmigungsfiktion, erleichterte geschäftliche Umnutzung privater Räume durch Existenzgründer, Übertragung der Anerkennung der fachlichen Eignung von Ausbildern auf die Kammern) wurden vom Landeswirtschaftsministerium im Rahmen seiner Initiative „Bürokratieabbau konkret“ aufgegriffen und sollen in 2008 umgesetzt werden.
- IHK-Starterzentren/One-Stop-Shops mit Beratungsangebot für Unternehmensgründer und Möglichkeit der Gewerbeanmeldung „aus einer Hand“ wurden durch die LAG eingeführt.
- Das Thema Bürokratieabbau wurde in Positionspapieren der LAG thematisiert und Vorschläge zur weiteren Deregulierung formuliert (Positionspapier „Markenartikel Rheinland-Pfalz“, Unternehmensbefragungsbericht „Rheinland-Pfalz – Standort gestalten – Wirtschaft stärken“).
- Das Thema Bürokratieabbau ist regelmäßiger Gegenstand der Gespräche mit Entscheidungsträgern aus Politik und Verwaltung.

Ansprechpartner:

Dr. Matthias Schmitt, Geschäftsbereichsleiter Standortpolitik
Tel.: 0651 / 9777-901, E-Mail: schmitt@trier.ihk.de

Landesarbeitsgemeinschaft der Sächsischen IHKs

- Die Sächsische Staatsregierung rief im Jahre 2003 zu einer Aktion „Paragrafen-Pranger“ auf, an der die LAG beteiligt war: Bürger, Unternehmen, Verbände und Vereine konnten Vorschläge zur Abschaffung und Vereinfachung sächsischer Gesetze, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften einreichen. Die Aktion stieß mit über 1.800 Vorschlägen auf große Resonanz. Zu dem hieraufhin im Dezember 2006 erarbeiteten „Gesetzentwurf zur Umsetzung der Empfehlungen der Kommission für Vorschriftenabbau (Paragrafen-Pranger)“ hat die LAG der Sächsischen IHKs umfassend Stellung genommen.
- Derzeit wird zwischen den IHKs Dresden, Leipzig und Südwestsachsen ein Vorschlagskatalog zum Bürokratieabbau auf Landesebene erarbeitet. Es ist geplant, diesen Vorschlagskatalog auch mit der Arbeitsgemeinschaft der Sächsischen HWKs abzustimmen und gemeinsam zu publizieren.
- Die sächsischen IHKs haben sich außerdem an den Bürokratiekostenmessungen des Statistischen Bundesamtes beteiligt und Unternehmen zur Teilnahme an der SKM-Messung benannt.
- Zudem gibt es auf der Homepage der derzeitigen Sprecherkammer der sächsischen IHKs eine Webseite unter dem Thema „Bürokratieabbau – Ihre Meinung ist gefragt!“, über welche Unternehmen entsprechende Anregungen und Vorschläge mitteilen können.
- Die Thematik wird darüber hinaus regelmäßig im Rahmen von Gesprächen mit Vertretern der Staatsregierung sowie Mitgliedern des Land- und Bundestages erörtert.

Ansprechpartner:

Ulf Spanke, Referent der Landesarbeitsgemeinschaft der Sächsischen IHKs

Tel.: 0371 / 69 00-1105, E-Mail: spanke@chemnitz.ihk.de

III INITIATIVEN DES DIHK

Bürokratieabbau auf EU-Ebene:

- Der DIHK hat 2005/2006 Deregulierungsvorschläge zu bestehenden Regelungen über das Bundeswirtschaftsministerium an EU-Kommissar Günter Verheugen weitergeleitet. Die Vereinfachungsmaßnahmen sind Teil der EU-Initiative der Europäischen Kommission zur Besseren Rechtsetzung.
- Der DIHK hat 2005/2006 Deregulierungsvorschläge zu den schwebenden Rechtssetzungsverfahren bei der Europäischen Kommission vorgelegt, die ebenfalls Bestandteil der EU-Initiative zur Besseren Rechtsetzung sind.
- 2006 und 2007 hat der DIHK maßgeblich an der Erstellung der Positionspapiere von Eurochambres zur Besseren Rechtsetzung mitgewirkt und setzt sich dafür ein, das Thema dort auch weiterhin zu verfolgen.
- Der DIHK hat im Herbst 2005 zusammen mit der Bayerischen Landesvertretung in Brüssel das Pilotprojekt „Erste Folgenabschätzung (EFA)“ gestartet. Der informelle länderoffene Kreis von Wirtschaft und Verwaltung trifft sich in regelmäßigen Abständen. Im Vordergrund steht der Netzwerkgedanke zum Austausch zwischen Wirtschaft und Verwaltung. Thematische Schwerpunkte werden auf Grundlage des jeweiligen Arbeitsprogramms der Kommission bestimmt und in Arbeitsgruppen diskutiert und bearbeitet.
- Im Rahmen des EFA-Projekts hat der DIHK im März 2006 einen Best-Practice-Workshop zum Thema Bessere Rechtsetzung mit Referenten aus Kommission, Ständiger Vertretung und dem niederländischen Wirtschaftsministerium organisiert.
- Im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 hat der DIHK das Thema Bessere Rechtsetzung schwerpunktmäßig verfolgt. Der DIHK steht in kontinuierlichem Dialog mit den relevanten Akteuren in Brüssel und wird in den Institutionen als kompetenter Ansprechpartner zu dem Thema wahrgenommen.
- Der DIHK wird sich bei den Maßnahmen zur Vereinfachung und Rücknahme überflüssiger Vorschriften weiterhin aktiv einbinden, soweit die IHK-Organisation thematisch betroffen ist.
- Der DIHK wird Kontakt zu der im Oktober 2007 neu eingerichteten Expertengruppe unter Vorsitz von Edmund Stoiber aufnehmen und versuchen, sich bei spezifischen Fragen mit einzubringen.

Bürokratieabbau auf nationaler Ebene:

- Der DIHK hat in den Jahren 2003 bis 2006 nunmehr fünf Broschüren veröffentlicht, die zahlreiche Vorschläge zum Bürokratieabbau enthielten. Anfang 2008 ist die Veröffentlichung eines weiteren Vorschlagskatalogs geplant. Einige der Vorschläge wurden in die Mittelstands-Entlastungs-Gesetze der Bundesregierung aufgenommen und umgesetzt.
- Statistisches Bundesamt und DIHK haben im Frühjahr 2007 ein Kooperationsabkommen geschlossen, das die Zusammenarbeit bei den Bürokratiekostenmessungen nach dem Standardkosten-Modell vereinbarte (vgl. Rundschreiben-Nr.: 636636). Dank des Engagements zahlreicher IHKs konnten mehr als 800 Unternehmen dem Statistischen Bundesamt benannt werden. Das Kooperationsabkommen hat sich im politischen Dialog als sehr hilfreich erwiesen, da die Mitwirkungsbereitschaft der IHK-Organisation damit unter Beweis gestellt wurde.

- Mitarbeiter des DIHK haben an so genannten „Expertenpanels“ teilgenommen. Bei diesen Panels handelte es sich um Arbeitskreise, die die Quantifizierung besonders umfangreicher Informationspflichten nach dem Standardkosten-Modell zum Ziel hatten.
- Der DIHK pflegt den regelmäßigen Austausch mit den Mitgliedern und dem Sekretariat des Nationalen Normenkontrollrates. Bei diversen Gesetzesentwürfen hat der DIHK Hilfestellung gegeben. Zudem konnten in einigen Entwürfen die Bürokratiekosten durch Alternativvorschläge gesenkt werden. So wurde beispielsweise die so genannte „Poolabschreibung“ für geringwertige Wirtschaftsgüter in der Unternehmenssteuerreform 2008 entwickelt. Auch bei dem jüngsten Projekt des NKR mit der IHK Ostwestfalen, welches die Darstellung von Bürokratielasten auf Unternehmensebene zum Ziel hat, beteiligte sich der DIHK konzeptionell.
- Der DIHK nimmt regelmäßig Stellung zu sog. Referentenentwürfen der Bundesministerien, in denen u. a. auch das Thema Bürokratielasten erörtert wird.
- In Zusammenarbeit mit dem sog. „Gemeinschaftsausschuss der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft“ – einem Arbeitskreis von 14 Verbänden – wird derzeit ein Gutachten beim Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) in Auftrag gegeben, das Bürokratiekosten jenseits von Informationspflichten quantifiziert. Die Ergebnisse dieses Gutachtens werden für die erste Jahreshälfte 2008 erwartet.
- Der DIHK hat das Projekt „Bürokratieabbau aus den Regionen“ in seinen verschiedenen Phasen unterstützt. Zudem ist der DIHK Teilnehmer an dem Gesprächskreis Bürokratieabbau der „Arbeitsgemeinschaft Wirtschaftliche Verwaltung“ (AWV) und an mehreren regelmäßig tagenden Arbeitskreisen Berliner Verbände.
- Der DIHK versteht sich als Multiplikator von Wissen rund um das Thema „Bürokratieabbau“ gegenüber den IHKs und der Öffentlichkeit. Zahlreiche Rundschreiben, Zeitungsartikel, Pressemitteilungen wurden veröffentlicht.
- Der DIHK hat eine neue Liste mit „Ansprechpartnern zum Bürokratieabbau“ in den IHKs erstellt, die per E-Mail mit Informationen versorgt werden. Zudem regt der DIHK den Best-Practice-Austausch der IHKs beim Bürokratieabbau an.
- Das Thema „Bürokratieabbau“ ist mehrfach Gegenstand der Sitzungen des DIHK-Mittelstandsausschusses sowie anderer Ausschüsse gewesen. Das IHK-Netzwerk Mittelstand wurde in die Erarbeitung neuer Abbauvorschläge eingebunden.
- Innerhalb des DIHK werden in jeder Fachabteilung sog. „Multiplikatoren für Bürokratieabbau“ geschult, die mit der SKM-Methode und der Datenbank des Statistischen Bundesamtes besonders vertraut sind.
- Als hilfreich hat sich herausgestellt, dass es einen Koordinator für das Querschnittsthema „Bürokratieabbau“ gibt, der den DIHK auf Konferenzen und Sitzungen vertritt und erster Ansprechpartner dieses Themas ist.

Ansprechpartner in Berlin:

Dr. Hubertus Hille, Referatsleiter „Grundsatzfragen der Wirtschafts- und Standortpolitik“

Tel.: 030 / 20308-1503, E-Mail: hille.hubertus@berlin.dihk.de